

Vertreter der Kreisverwaltung

Frau Wehlan, Landrätin

Herr Trebschuh, Leiter des Dezernates IV

Herr Grunert, Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Frau Borngräber, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, SGL
Arbeitsmarktpolitik

Herr Wadefuhl, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, SB Fachkräfteprogramm
und Arbeitsmarktprogramme

Frau Groß, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Gäste

Herr Schubert, Vertreter der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (KAV)

Herr Fleischer, Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH

Herr Vogler, Bereichsleiter der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB)

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:57 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2023
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Bericht über die Gewerbegebietsstudie des Landes und die daraus resultierenden Ergebnisse für den Landkreis Teltow-Fläming
- 7 Projekte der Arbeitsmarktpolitik - Ergebnisse der vorherigen Förderperiode und Umsetzungsstand der bestehenden Projekte
- 8 Machbarkeitsstudie VTF mbH
- 9 Sachstand des Tariffindungsverfahrens im ÖPNV
Berichterstatter: Herr Klaus-Dieter Klapproth (Geschäftsführer VKA, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)
Informationsvorlagen
- 10 Information zu geplanten Fahrplanänderungen ab Dezember 2023 6-5138/23-IV

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Loy, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohner und Gäste. Die Tagesordnung wird in vorliegender Form bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2023

Die Niederschrift wird nachgereicht.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 6

Bericht über die Gewerbegebietsstudie des Landes und die daraus resultierenden Ergebnisse für den Landkreis Teltow-Fläming

Herr Vogler berichtet über das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept für das Land Brandenburg. Er betont, dass im Landesdurchschnitt die freien Bestandsflächen ausreichen, aber große regionale Unterschiede bestehen. Ein Bedarf besteht vor allem bei Flächengrößen ab 20 ha und bei gut erschlossenen Industrieflächen. Sofort vermarktungsfähige Bestandsflächen sind nur noch im geringen Maße vorhanden (767 ha). Bestandsflächen mit Handlungsbedarfen (1.535 ha) müssen kurzfristig qualifiziert werden. Er merkt an, hauptsächlich sind Kleinstflächen vorhanden.

Herr Vogler erläutert die freien Bestandsflächen im Landkreis Teltow-Fläming anhand einer Power-Point-Präsentation (einsehbar im Ratsinformationssystem). Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 86,9 ha Bestandsflächen mit Handlungsbedarfen und sofort vermarktungsfähige Bestandsflächen 68,1 ha.

TOP 7

Projekte der Arbeitsmarktpolitik - Ergebnisse der vorherigen Förderperiode und Umsetzungsstand der bestehenden Projekte

Frau Borngräber stellt die bereits im Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik umgesetzten und geförderten Programme von 2012 - 2025 vor:

- Integrationsbegleitung 01.12.2012 - 31.08.2022
- Integrationsbegleitung 01.09.2022 - 31.08.2025
- Lotsendienst TF 01.10.2012 - 31.08.2022
- Gründen in Brandenburg 01.11.2022 - 31.12.2025

Die beiden Projekte sind seit 11 Jahren erfolgreich vor Ort etabliert. Im Projekt Integrationsbegleitung nahmen im Projektzeitraum 2015 bis 2022 480 Teilnehmer teil, 161 (33,5 %) konnten vermittelt werden.

Das Projekt Integrationsbegleitung wird in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter TF umgesetzt. Die Teilnehmenden sollen in ihrer Beschäftigungsfähigkeit erhöht sowie ihre soziale Situation verbessert werden. Ziel ist es, die Teilnehmenden in die sv-pflichtige Arbeit oder Bildung zu integrieren. Das aktuelle Projekt der Integrationsbegleitung läuft 36 Monate bis zum 31.08.2025. 2 Integrationsbegleiterinnen arbeiten an den Standorten Luckenwalde und Zossen. Ziel ist es, 120 Teilnehmende zu begleiten sowie 30 Vermittlungen zu erzielen. Momentan sind 73 Teilnehmende im Projekt, sieben Teilnehmende konnten vermittelt werden.

Das Projekt Gründen in Brandenburg läuft 38 Monate bis zum 31.12.2025. Die Existenzgründer werden in verschiedenen Phasen mit Erst- und Zweitberatungen, individuellen Einzelberatungen, Fördermittelberatung sowie Weiterbegleitung nach der Gründung unterstützt. Ziel ist es, 65 Teilnehmende zu begleiten sowie 40 Gründungen zu realisieren. Momentan sind 83 Teilnehmende im Projekt, 34 Gründungen

Unterstützung erhalten beide Projekte von anderen Institutionen, wie z. B. der Handwerkskammer Potsdam, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH, der IHK (Regionalcenter TF), der Agentur für Arbeit sowie dem Jobcenter Teltow-Fläming.

Abschließend führt Frau Borngräber aus, dass die Umsetzung der Arbeitsförderprogramme zum einen die Arbeitslosigkeit und zum anderen den Fach- und Arbeitskräftemangel senkt. Diese Programme leisten einen Beitrag zur Bekämpfung von (Kinder-)Armut im Landkreis Teltow-Fläming.

TOP 8

Machbarkeitsstudie VTF mbH

Herr Fleischer berichtet, dass die europäische Richtlinie (EU) 2019/1161 „Clean Vehicles Directive“ (CVD) in Deutschland mit dem Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz (SaubFahrzeugBeschG) umgesetzt wird. Durch das Gesetz werden den öffentlichen Auftraggebern und Sektorenauftraggebern verbindliche Quoten für die Beschaffung von sauberen sowie emissionsfreien Fahrzeugen der Klassen M und N (leichte und schwere Nutzfahrzeuge sowie Busse) vorgegeben. Ein wichtiger Anwendungsfall des Gesetzes ist die Beschaffung kommunaler Busse im ÖPNV und kommunaler Nutzfahrzeuge bzw. Nutzfahrzeuge der Kommunalunternehmen. Es werden zwei Referenzzeiträume in den Gesetzen definiert:

Verpflichtende Beschaffungsquoten bei der 1. Quote von 08/2021 - 12/2025:

- 22,5 % emissionsfrei, 45,0 % sauber, 55,0 % keine Vorgabe

Verpflichtende Beschaffungsquoten bei der 2. Quote von 01/2026 - 12/2030

- 32,5 % emissionsfrei, 65,0 % sauber, 35,0 % keine Vorgabe

Er informiert, dass die Quoten des Referenzzeitraumes ab 01.01.2031 weiter gelten, wenn keine Änderung des Gesetzes erfolgt. Eine Gesetzesänderung durch die EU und Bundesregierung wird allerdings erwartet. Die Beschaffung ab 2030 von nur noch bilanziell emissionsfreien Fahrzeugen wird aktuell verhandelt.

Herr Fleischer informiert, dass in diesem Jahr die Projektvorbereitung zur Umsetzung begonnen hat. Es wurden Bedarfe ermittelt sowie die Machbarkeitsstudie zur Analyse und Bewertung der Technologiealternativen für Elektrobusbetriebe durchgeführt.

Herr Fleischer erläutert die vorliegende Machbarkeitsstudie und gibt einen Überblick über die Neubeschaffungen der Fahrzeuge im Zeitraum vom 01.01.2026 - 31.12.2030 . Saubere Busse sind alle emissionsfreien Busse, Busse mit Verbrennungsmotor, die durch alternative Kraftstoffe angetrieben werden sowie Plug-in-Hybridbusse, die auch mit konventionellem Diesel angetrieben werden. Es sollen 65 % als saubere Busse beschafft werden, davon mindestens die Hälfte emissionsfreie Busse. Emissionsfreie Busse sind unter anderem batterieelektrische Busse, Batterie-Oberleitungsbusse, wasserstoffbetriebene Brennstoffzellenbusse sowie wasserstoffbetriebene Busse mit Verbrennungsmotor. Maximal sollen 35 als konventionelle Busse (Dieselbusse nach EURO-VI-Norm) angeschafft werden.

Herr Fleischer ergänzt, dass in der Wirtschaftlichkeitsanalyse der Machbarkeitsstudie die verschiedenen Kosten für die Umsetzung in der Umstellungsphase dargestellt wurden. Ab dem Jahr 2028 ist davon auszugehen, dass die Investitionskosten für Fahrzeuge und Infrastruktur höher werden und die Betriebsmittel- und Wartungskosten gesenkt werden. Ab dem Jahr 2043 ist von einer vollständigen Umstellung auf emissionsfreie Betriebe auszugehen. Im Durchschnitt werden ab 2024 pro Jahr Kosten in Höhe von 1,7 bis 4 Mio. € bei der Umstellung auf batterieelektrische Fahrzeuge erwartet. Aufgrund technischer und wirtschaftlicher Faktoren ist die Umstellung auf batterieelektrische Fahrzeuge zu empfehlen.

Herr Fleischer teilt mit, dass in den nächsten zwei Jahren die zweite Projektstufe mit der Planung beginnt. Das heißt, es werden Planungsleistungen ausgeschrieben, Grundstücksfragen geklärt, das Planungskonzept ausgearbeitet, behördliche Genehmigungen eingeholt sowie Fördermittel beantragt.

TOP 9

Sachstand des Tariffindungsverfahrens im ÖPNV

Berichterstatter: Herr Klaus-Dieter Klapproth (Geschäftsführer VKA, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)

Herr Schubert berichtet über die Tariflage des Tarifvertrages für den ÖPNV in Brandenburg (TV-N BRB).

- Der aktuelle Tarifvertrag wurde zuletzt am 20.11.2020 vereinbart und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2023.
- Es wurden Tabellenerhöhungen in 5 Schritten vereinbart, die letzte Tarifierhöhung ist im September 2023 erfolgt.
- Mit ver.di ist vereinbart, dass noch in diesem Jahr Tarifverhandlungen zum TV-N BRB für die Zeit ab 2024 aufgenommen werden sollen.
- Am 19.10.2023 beraten die Brandenburger ÖPNV-Unternehmen in einer Klausurtagung ihre künftige Tarifstrategie mit Blick auf die angespannte Arbeitsmarktsituation und den Wettbewerb mit der BVG.

Neben dem noch laufenden TV-N BRB wurde mit ver.di am 27. Juli 2023 die Übertragung der Tarifeinigung im TVöD zum Inflationsausgleich vereinbart. Somit erhalten alle Beschäftigten im Brandenburger Nahverkehr im September 2023 eine einmalige steuerfreie Zulage von 1.200 € (Auszubildende anteilig) und im Zeitraum Oktober 2023 bis Juni 2024 monatlich steuerfreie Zulagen von 200 € (Azubis anteilig). Insgesamt sind somit -wie bei den Kommunen - steuerfreie Inflationsausgleichszahlungen neben den tarifvertraglichen Entgelten in Höhe von insgesamt 3.000 € (Azubis anteilig) vereinbart

Informationsvorlagen

TOP 10

Information zu geplanten Fahrplanänderungen ab Dezember 2023- 6-5138/23-IV

Herr Grunert erläutert die Informationsvorlage zu den geplanten Fahrplanänderungen ab Dezember 2023. Im Norden von Teltow-Fläming wird es ab Dezember 2023 Änderungen im Busverkehr geben. Vor allem Ludwigsfelde ist betroffen. Es geht um die Ausdünnung der Stadtlinie, aber auch um neue Linien und Umleitungen in Wohn- und Gewerbegebieten. Im kommenden Jahr wird auch Großbeeren von einer wichtigen Änderung betroffen sein.

Herr Grunert berichtet über die Hintergründe der Fahrplanänderungen. Er betont, dass sich die Verwaltung mit dem Nahverkehrsplan einen Aufwuchs im Angebot des öffentlichen Nahverkehrsplans vorgenommen hat. Zusätzlich kommen Kostensteigerungen und Fahrermängel dazu. Die Neuerungen sind unter anderem Einsparmaßnahmen auf der einen und erweiterten sowie neue Linien auf der anderen Seite.

Herr Grunert teilt mit, dass die Ausdünnung der Ludwigsfelder Stadtlinie die erste Maßnahme ist. In den vergangenen Monaten gab es hier immer wieder Probleme, weil die nötigen Busfahrer fehlten. Die neueste Änderung trägt dem zwar Rechnung, hat aber noch einen anderen Grund. Seit einigen Jahren fährt die Linie 702 verstärkt auch an den Wochenenden zwischen dem Ludwigsfelder Stadtbahnhof und Struveshof. Das sei ursprünglich eingeführt worden, um Reisenden aus dem Süden des Landkreises eine bessere Verbindung zum Flughafen BER zu bieten. Mit dem Hinzukommen der Bahnlinie 32 vom Bahnhof Ludwigsfelde zum BER mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2023 ist das nun nicht mehr nötig. Die zusätzlichen Wochenenddienste der Linie 702 werden künftig gestrichen. Dadurch spart der Landkreis Teltow-Fläming 45.000 €. Exakt dieselbe Summe wird künftig für eine Umleitung in Ludwigsfelde aufgebracht. Er erklärt den verkehrsrechtlichen Hintergrund. Die Durchfahrt unter der Genshagener Brücke - also die Unterführung der B 101 auf der Straße am Birkengrund - wurde nur temporär für den Busverkehr genehmigt. Die Unterführung ist zu niedrig und die Sondererlaubnis nun abgelaufen. Ab Dezember 2023 werden die Busse über den Brandenburg Park umgeleitet. Künftig fahren sie über die L 793 (Hornbach Kreisverkehr) weiter über die Parkallee (Brandenburg Park) auf die Ludwigsfelder Straße in Genshagen, wo sie den alten Linienverkehr wieder aufnehmen. Ein Vorteil dieser Umstellung ist es, dass der südliche Bereich des Brandenburg Parks Nord nun erstmals an den ÖPNV angebunden wird.

Des Weiteren informiert er, dass ab Dezember 2023 die VTF mbH zudem das neue Wohngebiet Rousseau Park erschließen wird, vor allem um die Schülerbeförderung abzusichern. Die Siedlung ist inzwischen zu 75 % erschlossen, ca. 3.000 Einwohner leben dort bereits. Die neue Linie soll außerdem das Wohngebiet und die Stadt vom Individualverkehr entlasten.

Der Landkreis hofft, dass mit einem besseren Busangebot mehr Einwohner von Ludwigsfelde das Auto stehen lassen. Die Stadtverwaltung Ludwigsfelde und der Landkreis Teltow-Fläming teilen sich die Kosten für die zusätzlichen 55.000 Fahrkilometer pro Jahr hälftig mit 82.500 €.

Herr Grunert berichtet, dass im April 2024 der nächste Teil des Nordraumkonzeptes umgesetzt wird. Es kommen dann 240.000 Fahrplankilometer hinzu, die Kosten für den Landkreis Teltow-Fläming betragen 720.000 €. Er erklärt, dass Großbeeren mit dem Ausbau des Knotenpunktes Am Wall die Voraussetzungen für diesen nächsten Schritt geschaffen hat. Dadurch sollen die nördlichen Gemeinden besser angebunden werden.

Herr Grunert teilt mit, dass der Knotenpunkt in Großbeeren künftig als Umsteigeplatz auch für Busreisende und Pendler aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Er bietet auch eine bessere Anbindung an den Landkreis Dahme-Spreewald. Unter anderem soll dann die Linie 600 (Teltow-Waßmannsdorf) zum PlusBus aufgewertet werden. Das Land bezuschusst diese Linie jährlich mit fast 145.000 €. Ergänzend gibt er zur Kenntnis, dass mit weiteren Anpassungen auf anderen Linien ein 20-Minuten-Takt zwischen Großbeeren, Berlin und Teltow möglich wird.

Die Abgeordneten nehmen die KT-Vorlage zur Kenntnis.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Kalinka'.

Dr. Gerhard Kalinka

Der Vorsitzende

V. Groß

Schriftführerin